

LINKS AG

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
181 · Ausgabe AG · April 2019

SP

SEIT JAHREN UND JETZT MIT NEUEN VORSTÖS- SEN: DIE SP VERLANGT MASSNAHMEN FÜR KLIMASCHUTZ

Die Klimastreikenden haben recht: Die Zeit der faulen Ausreden ist vorbei. Wenn wir so weiterfahren wie bisher und sich die Erde immer mehr aufheizt, verschärft sich die Klimakrise – mit massiven Folgen für uns und unseren Planeten. Die SP macht seit Jahrzehnten Klimaschutz und verfolgt auf allen politischen Ebenen eine konsequente und nachhaltige Energiepolitik. Deshalb unterstützt sie die Forderungen der Klimastreiks. Allerdings: Nur den «Klimanotstand» auszurufen, führt nicht zum Ziel. Vielmehr braucht es konkrete Massnahmen, die sozialverträglich ausgestaltet sein müssen. Deshalb fordern wir mit unserer Motion im Grossen Rat einen Klimaschutz-Massnahmenplan für den Aargau. Dieser soll die klimarelevanten Aktivitäten des Kantons bündeln und als Instrument dienen, die Herausforderungen des Klimawandels gezielt anzugehen und die Pariser Klimaziele zu erreichen. Zudem haben wir im März eine Standesinitiative für eine Flugticketabgabe eingereicht. Die Einnahmen aus dieser Abgabe sollen für Klimaschutzmassnahmen verwendet werden. Denn nichts schadet dem Klima mehr als der Flugverkehr. Freiwillige Massnahmen werden es nicht richten – es braucht regulatorische Eingriffe. Wir sind gespannt, ob die FDP Aargau der wundersamen Kehrtwende ihrer Schweiz-Präsidentin in Sachen Flugticketabgabe folgt und der Standesinitiative zustimmt.

Gabriela Suter von Aarau ist Präsidentin der SP Aargau und Grossrätin. Sie kandidiert für den Nationalrat.

Die Klimawende braucht die soziale Wende!

Cédric Wermuth von Zofingen ist SP-Nationalrat. Er kandidiert 2019 für den Ständerat.



Es kommt nicht allzu oft vor, dass der Aargau einen schweizweiten Trend setzt. Diese Legislatur ist ihm das gelungen. Genauer, es ist der SP Aargau gelungen. Seit wir 2016 die kantonalen Wahlen gewonnen haben, reiht die SP Sieg an Sieg. Soeben bei den Wahlen in Zürich, Luzern, Basel-Landschaft und im Tessin. Trotz den guten Resultaten sind viele Genossinnen und Genossen bei aller Freude über die «grüne Welle» auch etwas verunsichert: Wie stellen wir sicher, dass wir im Herbst nicht auch von ihr überrollt werden?

Zuerst gilt es festzuhalten, dass der Linken in der Schweiz seit einigen Monaten endlich das gelingt, worauf wir seit Jahren gewartet haben: SP und Grüne gewinnen jeweils Wahlen, aber nicht mehr auf Kosten vonein-

ander, sondern auf Kosten der ehemaligen Mitte und teilweise direkt auf Kosten von Rechts. Im Aargau gewann die SP stark, die Grünen konnten halten, in Zürich umgekehrt, in Basel-Landschaft und Luzern gewannen beide. Und bei allen sozialpolitischen Vorbehalten gegenüber den Grünliberalen ist es auch ein Fortschritt, wenn in der Mitte die zumindest bürgerlich-ökologischen Kräfte auf Kosten der heute zu reinen Lobbyparteien verkommenen CVP und FDP zulegen.

Zweitens wird es die zentrale Aufgabe von allen Genossinnen und Genossen sein, in den nächsten Monaten zu zeigen, dass für uns ökologische Fragen nicht ein Entweder – Oder sind, sondern dass wir beides verbinden können und müssen. Und für dieses Rezept steht die Sozialdemokratie alleine. Dass die Rettung der Klimafrage nicht gegen die Mehrheit der Menschen geht, beweisen nicht zuletzt die Entwicklungen in Frankreich. Bei aller sicher auch berechtigten Kritik an den «Gilets jaunes» ist der Anlass für ihren Aufstand verständlich. Es war nämlich der Versuch der neoliberalen Regierung Macron,

unter dem Mantel der Ökologie die Steuerlasten von oben nach unten zu verschieben.

Tatsächlich müssen wir für die Klimawende das Gegenteil anstreben. Die Klimafrage ist sehr stark eine Klassenfrage. Global gesehen sowieso, die Verantwortung liegt weitgehend im globalen Norden. Aber auch innerhalb der westlichen Gesellschaften verursachen die reichsten 10 Prozent mit ihrem Lebensstil ungefähr gleich viele Emissionen wie die unteren 50 Prozent der Gesellschaft zusammen. Gleichzeitig sind aber von neuen Steuern und (Lenkungs)abgaben, ohne die es kaum gehen wird, die finanzschwächeren Teile der Bevölkerung stärker betroffen. Hier muss die SP ansetzen: Der Klimawandel kann nur dann gestoppt werden, wenn wir den Menschen die nötigen Mittel dafür auch in die Hand geben. Weniger Krankenkassenprämien, gute Löhne, würdige Renten und zahlbare Kinderbetreuung sind die Voraussetzung dafür, dass die Menschen ökologische Verantwortung übernehmen können. Und dafür braucht es ab dem 20. Oktober vor allem ein röteres Parlament.

NEU IM GROSSEN RAT



Gabi Lauper Richner

links.ag: Du bist wieder im Grossen Rat, nachdem Kathrin Scholl zurückgetreten ist. Du bist Landschaftsarchitektin und Raumplanerin. Hat sich an Deinen Engagements seit 2015 etwas geändert? Wo liegen Deine beruflichen Schwerpunkte heute?

Gabi Lauper Richner: Ich bin nicht mehr im Gemeinderat, koordiniere aber weiterhin die Regionalplanung Lebensraum Lenzburg Seetal. Ausserdem bin ich Präsidentin der Stiftung Kultur Landschaft Aare-Seetal. Gerade in dem mir sehr am Herzen liegenden Landschaftsbereich haben sich die finanziellen Rahmenbedingungen für ökologische Aufwertungsmassnahmen spürbar verschlechtert. Dabei müssten verstärkt Massnahmen zu Gunsten der Biodiversität ergriffen werden.

Welche aktuellen Themen möchtest Du im Grossen Rat bearbeiten?

Ich will mich vor allem bei raumplanerischen Themen einbringen und Voraussetzungen für mehr Lebensqualität schaffen.

Die geologische Tiefenplanung für die Lagerung von Atommüll fällt in Dein Fachgebiet. Wo stehen wir da im Aargau? Wie ist Deine Haltung dazu?

Wir müssen eine Lösung finden, um unseren Atommüll sicher zu lagern. An der Stellungnahme der SP Aargau habe ich nicht mitgearbeitet, sondern Parteikolleg*innen, die sich schon seit längerem mit der Thematik beschäftigen. Ich teile deren Haltung, dass ein Tiefenlager nicht in einem so wasserreichen Gebiet wie Jura Ost und Nördlich Lägern erstellt werden darf. Ausserdem würden die Eingangsanlagen zu einer schwerwiegenden Beeinträchtigung dieser Landschaft von nationaler Bedeutung führen.

Gabi Lauper Richner von Niederlenz ist seit Januar 2019 wieder SP-Grossrätin.

Terror hat keine Religion und keine Nation

Alime Köseciogullari von Seon kandidiert für den Nationalrat.



Wenn du traurig bist, ohne zu fragen, welche Nation oder Religion die getöteten Menschen haben, dann bist du Mensch.

Das Terrorattentat vom 15. März 2019 in einer Moschee im neuseeländischen Christchurch mit 49 auf brutale Weise getöteten Menschen hat mich zutiefst erschüttert, wie jedes Terrorattentat. Es war Terror, und kein christlicher Terror. Mir würde es nie in den Sinn kommen, dafür alle Christen zu beschuldigen, wie es die Medien machen, wenn sie manche Attentate islamischen Terror nennen und damit die Muslime unter Generalverdacht stellen. Rassismus hat leider auf der ganzen Welt in beängstigender Weise zugenommen und ist auch in der Schweiz spürbar. Wir müssen uns mit aller Kraft gegen Rassismus von allen Seiten wehren. Es kann und darf nicht sein, dass Minderheiten ihr Leben in Angst verbringen müssen.

Ich habe leider auch die Erfahrung einer Drohung mit den Worten «Sie und ihre Kinder werden brennen, Madame» machen müssen. Ich bin mir einiges an Diskriminierung in den sozialen Medien gewöhnt und habe gelernt, die Hasskommentare wegzudenken oder zu ignorieren. Wir können alle unterschiedliche Meinungen haben, aber ich frage mich, was in den Köpfen von Menschen vorgeht, wenn sie Menschenleben auslöschen wollen. Berechtigte Kritik ist in Ordnung. Wir können zusammen diskutieren, unsere Meinungen vertreten, aber es hat niemand das Recht, Menschen in Angst und Schrecken zu versetzen.

Nach einer schlaflosen Nacht und Angst um meine Familie wagte ich das erste Mal, eine Anzeige zu machen. Nun warte ich ab, dass der Droher gefasst und bestraft wird. Wie jede Mobbingbetroffene fragte ich mich auch, warum er das gemacht hat. Störte es ihn, dass ich eine Muslimin, Migrantin, eine

Frau oder SP-Nationalratskandidatin bin? Auf jeden Fall will ich, dass er keinen anderen Menschen das Gleiche antut.

Ich werde niemandem die Freude machen und mich von der Gesellschaft zurückziehen. Wir müssen jetzt erst recht noch mehr Öffentlichkeitsarbeit leisten, um Vorurteile abzubauen, die Menschen für ein friedliches Zusammenleben zu ermutigen, denn wir gehören zur Schweizer Gesellschaft und leisten auch unseren Beitrag dazu. Wir müssen uns alle für eine gerechtere Schweiz einsetzen, in der alle Menschen in allen Lebenslagen gleiche Chancen geniessen können.

Die Schweiz ist meine zweite Heimat, die SP ist mein politisches Zuhause, weil sie meine Werte vertritt. Ich danke allen Menschen, die sich für Gerechtigkeit einsetzen. Ihr macht uns das Leben in der Schweiz lebenswert.

Ich freue mich auf jeden Fall riesig auf unseren spannenden Wahlkampf und hoffe, dass wir den dritten oder hoffentlich sogar den vierten Sitz holen. Damit wir, die SP Aargau, erfolgreich werden, werde auch ich mich mit aller Kraft bemühen und meinem Beitrag leisten.

Ich wünsche allen schöne Frühlingstage.

Es hat niemand das Recht, Menschen in Angst und Schrecken zu versetzen.

Chancen- gerechtigkeit, eine Utopie? Nein!

Simona Brizzi von Ennetbaden ist SP-Grossrätin und Mitglied im Vorstand der SP Ennetbaden. Sie kandidiert für den Nationalrat.



Unsere Kinder sitzen am Küchentisch und diskutieren, wer im Sommer in die Bezirks-, Sekundar- oder Realschule in Baden gehen wird. Ich zeige ihnen die Zahlen des Statistischen Amtes: In Ennetbaden traten in den letzten vier Schuljahren durchschnittlich 73,4 Prozent der Kinder nach der Primarschule in die Bezirksschule ein, in Neuenhof hingegen nur 24,7 Prozent. Auf meine Frage, warum denn die Verteilung so unterschiedlich sei, schauen mich alle etwas ratlos an.

In der Schweiz sind die Bildungserfolge und -abschlüsse bei vergleichbarer Begabung und Anstrengung nicht für alle Einwohner_innen in gleichem Masse möglich. Obwohl viele Schulen Chancengerechtigkeit als etwas sehr Wichtiges bezeichnen, hängen die Bildungschancen nach wie vor von leistungsfremden Kriterien wie Herkunft, Migrationshintergrund oder Geschlecht ab.

Ganz aktuelle Studien belegen wieder, dass bereits die Startchancen ungleich nach sozialer Herkunft verteilt sind. Nicht die Intelligenz, sondern die sozioökonomischen Ressourcen und das Aufwachsen in einem anregenden oder passiven Umfeld bringen «eine Schieflage» zugunsten der sozial privilegierten Kinder hervor. Die bei der Einschulung bestehende Streuung in der Leistung

Die Schweiz kann und darf es sich nicht leisten, die Chancenungleichheit bei der Bildung zu ignorieren.

weitet sich bis Ende der Primarschulzeit zu Ungunsten sozial benachteiligter Kinder sogar noch weiter aus: Akademikerkinder haben eine vier Mal höhere Chance, nach der Primarstufe auf eine Bezirksschule zu gelangen und eine sieben Mal höhere Chance, nach der obligatorischen Schulzeit die allgemeine Schulbildung an einer Kantonsschule fortzusetzen als Kinder von Eltern mit niedrigerem Bildungsniveau. Dies steht im Widerspruch zu den in der Verfassung in Paragraph 8 verbrieften Gerechtigkeitskriterien.

Bei der Chancengleichheit stellt sich die Frage, welche Bedingungen und Faktoren als legitime Festlegung von ungleichen Ergebnissen gelten dürfen (wie Anstrengung) und welche nicht akzeptiert werden (wie widrige Umstände). Diese gesellschaftlichen Verhältnisse mögen den privilegierten Gruppierungen nützen, aber insgesamt schaden sie der Allgemeinheit, der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung eines Landes und gefährden auf die Dauer den Zusammenhalt einer Gesellschaft.

Die Schweiz kann und darf es sich nicht leisten, das Thema zu ignorieren. Als Standort für Forschung und Innovation hat das Land einen hohen Bedarf an qualifizierten Mitarbeitenden, Lehrenden und Forschenden bis hin zu Führungskräften. Der Schweizerische Wissenschaftsrat (SWR) hat zum Thema Ungleichheiten von Bildungschancen Ende 2018 bildungs- und sozialpolitische Empfehlungen auf nationaler und auf kantonaler Ebene veröffentlicht.

Im kantonalen Fachausschuss Bildung unserer Partei orientieren wir uns aktuell an den vier vom SWR empfohlenen Handlungsfeldern: (1) Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung, (2) Beurteilung und Selektion, (3) Berufsbildung und Maturitätsquote und (4) Anteil Studierender an Hochschulen. Das bundesrechtliche Verfassungsziel muss erreicht werden. Die Politik ist gefordert, und ich möchte mich auf kantonaler und auch auf nationaler Ebene dafür einsetzen, dass wir der Chancengerechtigkeit Schritt für Schritt näherkommen: Chancengerechtigkeit muss Realität werden!

KOMMENTAR



SP verlangt nach Bundesgerichts-urteil höhere Prämienverbilligung

Am 5. März 2019 hat die SP-Fraktion eine Motion und eine Interpellation betreffend Prämienverbilligung eingereicht. Mit der Motion wird der Regierungsrat «beauftragt, umgehend Massnahmen zu treffen und die gesetzlichen Bestimmungen bzw. das Dekret zu den individuellen Prämienverbilligungen so anzupassen», dass die Praxis der individuellen Prämienverbilligung im Aargau dem neuen Entscheid des Bundesgerichts entspricht und dass auch alle anderen gemäss KVG ebenfalls begünstigten Bevölkerungsgruppen angemessene Prämienverbilligungen bekommen.

Das Bundesgericht entschied am 22. Januar 2019, dass der Spar-Kanton Luzern die Einkommensgrenze zur Verbilligung der Krankenkassenprämien anheben muss. Auch im Aargau war die Prämienverbilligung einem Sparpaket zum Opfer gefallen. Nach dem Bundesgerichtsurteil vom Januar kann erwartet werden, dass der Kanton seine neue Sparpraxis korrigieren muss.

Mit der Interpellation will die SP vom Regierungsrat erfahren, wie dieser die Auswirkungen auf den Aargau beurteilt, wie viele Personen, auch Rentnerinnen und Rentner, auch rückwirkend zusätzliche Prämienverbilligungen erhalten würden und was dies kosten würde.

Am 29. März hat die Regierung in einer Medienmitteilung verlauten lassen, dass sie aufgrund des Bundesgerichtsurteils «eine Überprüfung der Einkommensgrenze im Kanton Aargau beim Departement Gesundheit und Soziales in Auftrag gegeben» hat. Wir warten nun auf die Konsequenzen der SP-Vorstösse im Grosse Rat.

Gleichzeitig hat die SP Schweiz im Februar 2019 die Prämieninitiative lanciert.

KOMMENTAR



Herzlichen Dank, Elisabeth!

Während der Zeit als Co-Präsidentin der SP Aargau hast du dich für die Wiederbelebung der Fachausschüsse stark gemacht. Die sieben thematischen Gruppen bieten unserer Basis eine niederschwellige Möglichkeit, sich in die politische Arbeit der Partei einzubringen. Zugleich profitieren die Amtsträger*innen auf allen Ebenen vom Wissensschatz der Mitwirkenden. Mit Blick zurück auf den Start vor etwa zwei Jahren zieht die Geschäftsleitung ein positives Résumé. Wann immer wir uns bei Wahlkämpfen darauf stützen, «nicht die Millionen, dafür die Menschen zu haben», müssen wir uns auch im politischen Alltag bewusst sein, welch grosses Potenzial die SP Aargau hat. Ob in beratender Funktion, als Teilnehmer an Vernehmlassungen oder Organisatoren von kommunalpolitischen Tagungen: Die Fachausschüsse haben sich vollends bewährt.

Liebe Elisabeth, diese Entwicklung ist zu einem grossen Teil dein Verdienst. Du hast es verstanden, die einzelnen Gruppen zu koordinieren und ihnen dennoch grosse Freiheit in der Organisation und der teils unterschiedlichen Arbeitsweise ermöglicht. Auch nach dem Rücktritt vom Parteipräsidium im letzten Jahr hast du dein «Herzensprojekt» weiterhin engagiert betreut. Nun hast du dich entschieden, die Verantwortung an die Geschäftsleitung zurückzugeben. Gabriela Suter kümmert sich fortan um die Koordination. An dieser Stelle bedankt sich die Geschäftsleitung im Namen der ganzen Partei für deinen Einsatz. Dank der enormen Erfahrung unserer Mitglieder gelingt es uns auch künftig, den Aargau sozialer und ökologischer zu gestalten.

Rolf Schmid von Wil/Mettauertal ist Präsident der SP Bezirk Laufenburg und Mitglied der Geschäftsleitung SP Aargau. Er kandidiert für den Nationalrat.

Löhne statt Grenzen schützen

GEWERKSCHAFTEN UND PARTEI HABEN UNTERSCHIEDLICHE AUFGABEN – ABER ES SPRICHT VIELES DAFÜR, ZUSAMMENZUARBEITEN. GERADE BEIM RAHMENABKOMMEN: NUR MIT LOHNSCHUTZ KANN EUROPA FUNKTIONIEREN.



Florian Vock von Baden ist Präsident des Aargauischen Gewerkschaftsbunds und SP-Grossrat. Er kandidiert für den Nationalrat.

Es ist beeindruckend: Den gewerkschaftlichen Aufruf «Löhne statt Grenzen schützen» haben nicht nur bekannte Schweizer Persönlichkeiten wie Micheline Calmy-Rey oder Alex Capus unterzeichnet. Sondern auch zahlreiche Bürgerinnen und Bürger Europas: Der Präsident des Europäischen Gewerkschaftsbundes Rudy De Leeuw genauso wie Klaus Dörre, deutscher Professor für Arbeitssoziologie.

Es geht um mehr als Schweizer Lohnschutz ...

Die europäische Unterstützung für ein Abkommen mit der Schweiz kommt nicht von ungefähr. Die Gewerkschaften haben sich immer proeuropäisch positioniert. Aber jede Marktöffnung funktioniert nur mit sozialem Schutz. Beim Schutz der Löhne stellen sich die europäischen Gewerkschaften geschlossen hinter die Schweizer Kolleg*innen. Die sozialen Kräfte in Europa stärken zunehmend die Position der Schweiz. Was wir haben, wollen sie auch.

... aber es geht um Lohnschutz!

Lohnschutz ist ein einfaches Prinzip: gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Das aktuell geplante Rahmenabkommen der Schweiz mit der EU macht dieses Prinzip kaputt.

Denn Prinzipien nützen nur etwas, wenn sie auch durchgesetzt werden. Auf europäischer Ebene klappt hier eine grosse Lücke. In der Schweiz gibt es dafür die «flankierenden Massnahmen». Sie sind zwar nicht perfekt – aber nach Einschätzung des Europäischen Gewerkschaftsbundes vorbildlich. Gute Gesamtarbeitsverträge, mehr verbindliche Mindestlöhne und Kontrollen in jährlich 45 000 Firmen wirken: Fast ein Viertel der kontrollierten Firmen muss zu tiefe Löhne korrigieren.

Der Vertragsentwurf verschlechtert den Lohnschutz

Auch für die EU-Kommission war bisher klar, dass das hohe Lohnniveau in der Schweiz einen besonderen Schutz benötigt. Der vorliegende Vertragsentwurf ändert das nun: Konkret droht eine massive Reduktion der Kontrollen, sind Kautionen und damit wirksame Bussen für die meisten fehlbaren Firmen nicht mehr zulässig und werden Sanktionen eingeschränkt. Damit steht das funktionierende sozialpartnerschaftliche Vertrags- und Kontrollsystem auf dem Spiel.

Das soziale Europa in der Schweiz verteidigen

Die Öffnung des europäischen Arbeitsmarktes darf nicht dazu dienen, Arbeitskräfte aus Tieflohnländern auszubeuten und die Löhne zu senken. Starke und für alle gleiche Arbeitnehmerrechte müssen dem entgegenwirken. Wer dies missachtet, bereitet Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung und engstirnigem Nationalismus den Boden. Länder wie Grossbritannien und Deutschland machen heute diese Erfahrung. Das wollen wir nicht.

Arbeiter*innen werden entscheiden

Der bevorstehende Abstimmungskampf gegen die SVP-Initiative zur Abschaffung der Personenfreizügigkeit ist nicht zu gewinnen, wenn der Lohnschutz in der Schweiz durch die EU geschwächt worden ist.

Paul Rechsteiner wurde in einem Interview deutlich: «Wie wichtig der Lohnschutz ist, kann man nur erfassen, wenn man sich auf dem Terrain bewegt. Im Bundeshaus ist der Einfluss der Wirtschaft riesig, aber an der Urne entscheiden der Schreiner, die Verkäuferin und die Pflegefachfrau. Dass die Personenfreizügigkeit auch für Arbeiter im unteren Lohnsegment funktioniert, ist ausschliesslich dem gut ausgebauten Lohnschutz zusammen mit Gesamtarbeitsverträgen zu verdanken.»

Wer nein sagt zum Lohnschutz, macht auch Europa kaputt. Wir müssen das soziale Europa verteidigen – in der Schweiz.

FRAUENSTREIK 14. JUNI 2019

Wir bleiben darauf und dran!

Lelia Hunziker von Aarau ist Geschäftsleiterin FIZ, Fachstelle Frauenmigration und Frauenhandel, Zürich, und SP-Grossrätin. Sie kandidiert für den Nationalrat.



Ich habe ein langweiliges und frustrierendes Hobby: Genderzählen. Hie und da überkommt es mich. Beim Durchblättern der Zeitung zähle ich die abgebildeten Personen nach Frau und Mann. Am Sonntag, 17. März 2019, finde ich zum Beispiel in der NZZ am Sonntag: 38 Frauen und 99 Männer, plus je 6 in Werbungen. Sagt nichts aus? Ich find schon. Wieso schaffen es Männer dreimal häufiger aufs Foto als Frauen? Leisten oder bewegen sie mehr? Sind sie interessanter? Schöner? Schlauer? Nein – es gibt keinen Grund.

Ich habe genug von Podien, auf denen nur Männer diskutieren, vom Hinweis des Barbesitzers, Frauen sollen doch bitte fürs gute Geschäft einen kürzeren Rock tragen, von Verwaltungsräten, die reine Männerclubs sind, und von Werbung, die Frauen wahlweise auszieht oder an den Herd, in die Waschküche oder auf den Spielplatz stellt. Entsetzt nehme ich zur Kenntnis, dass noch immer breiter Konsens darüber herrscht, dass sexuelle Belästigung zwar schlimm ist, Frau sich aber am besten dagegen schützt, wenn sie sich züchtig kleidet und artig gibt. Männer sind halt so, provozieren sollte man sie nicht. Dass Männer sich einfach an die Regeln und das Gesetz halten sollten, ist kaum Thema. Und wenn Frau sich wehrt, aufbegehrt, Ecken und Kanten hat und vielleicht sogar noch laut und rechthaberisch ist, dann lassen der Shitstorm und der Aufruf zur sexuellen Züchtigung nicht lange auf sich warten: Der sollte es mal einer richtig besorgen! Vergewaltigung scheint nach wie vor die adäquate Strafe für solche Weiber zu sein.

Diskriminierung, Sexismus und Männerdominanz sind trauriger Alltag. Und – liebe Leser*innen –, ich habe den Lohnunterschied noch gar nicht erwähnt. Und wir haben uns noch nicht darüber unterhalten, wieso Löhne in Branchen mit hohem Frauenanteil unsäglich tief sind. Es ist Zeit zu strei-

ken. Uns reicht's! Macht mit, in Scharen, am 14. Juni 2019!

Schon vor 28 Jahren, am 14. Juni 1991, haben eine halbe Million Menschen gestreikt. Seither sind 28 Jahre vergangen. 38 Jahre sind es her, seit die Schweiz einen Gleichstellungsartikel hat, und seit 48 Jahren dürfen Frauen in der Schweiz politisch mitbestimmen.

Es ist ein langer, harziger und steiniger Weg. Ausdauer und Kampfgeist sind gefragt, und zwar mehr denn je: Der Neoliberalismus wächst weltweit. Der Service public wird in Frage gestellt, die Gesundheitsversorgung privatisiert und die Arbeitsbedingungen und Renten werden schlechter. Darunter leiden – nicht nur, aber vor allem – viele Frauen.

Wir sind viele, und wir sind wütend

Wir sind Schülerinnen, Studentinnen, Hausfrauen, Arbeitnehmerinnen, Chefinnen, freischaffend, erwerbslos oder pensioniert. Wir sind Mütter, Grossmütter und kinderlos. Wir sind verschieden, machen unterschiedliche Erfahrungen und haben vielfältige Anliegen. Aber wir kämpfen gemeinsam, egal, woher wir kommen, welche Hautfarbe wir haben, wie wir leben, wen wir lieben und unabhängig von unserem bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht! Wir fordern Lohn. Zeit. Respekt! Nicht weniger, nicht mehr!

**Diskriminierung,
Sexismus, Männerdominanz und Lohnunterschiede sind trauriger Alltag.**

KOMMENTAR



Fachausschüsse verbinden uns

Nach über zwei Jahren Wiederaufbau und Koordination der Fachausschüsse (FA) gebe ich die Verantwortung an die Geschäftsleitung zurück.

Die FA gibt es schon lange bei der SP Aargau. Ich erinnere mich gut, wie ich selber vor über fünfzehn Jahren meinen ersten Kontakt zur kantonalen Politik über die Mitarbeit in einem FA fand. Es war spannend und interessant, sich mit Menschen aus allen Teilen unseres Kantons in verschiedene Themen zu vertiefen. Jahre später nahm sich die Geschäftsleitung der inaktiven FA wieder an und entschied 2016, sie aus dem Schneewittchenschlaf zu holen. Das Zusammenbringen interessierter Mitglieder, Mandatsträger/innen und Fachleute erachteten wir als wichtiges Potential, um gemeinsam unsere Anliegen weiter und zum Erfolg zu bringen. Mittlerweile gibt es sieben FA: Asyl/Migration, Bildung, Energie/Klima, Gesundheit/Soziales, Justiz/Sicherheit, Natur/Umwelt/Raumplanung/Verkehr und Wirtschaft/Finanzen. Vom Parteitag gewählte Präsidien leiten sie, und gearbeitet wird ganz unterschiedlich. Die Vielseitigkeit ist auch ein zentraler Teil des Konzeptes. Dem einen FA ist es wichtig, intern Themen zu diskutieren, und ein anderer bereitet eine kommunalpolitische Tagung vor. Ein weiterer FA erarbeitet eine Initiative oder konzentriert sich auf die Beratung unserer Gemeinderatsmitglieder.

Zusätzlich sind die FA auch untereinander im Kontakt und arbeiten zusammen, sei es an der jährlich stattfindenden FA-Tagung oder an den regelmässigen Präsidientreffen. Ich möchte allen, die am Aufbau der FA mitgearbeitet haben, herzlich danken. Ein ganz spezieller und grosser Dank geht an Julia Hoppe, die mich immer unterstützt hat.

Elisabeth Burgener Brogli von Gipf-Oberfrick ist SP-Grossrätin.

Die Aargauer JUSO präse

FÜR DIE NATIONALRATSWAHLEN VOM HERBST 2019 KANDIDIEREN AUF DER SP-UNTERLISTE DER JUSO 7 GENOSSINNEN UND 8 GENOSSEN. ALLE SIND JUNG, EINIGE HABEN ABER SCHON POLITISCHE ERFAHRUNG UND ENGAGEMENTS VORZUWEISEN.



MIA JENNI

1995, Obersiggenthal, Studentin Germanistik und Kunstgeschichte, Einwohnerrätin.

Die FDP schert sich einen Dreck um unser Klima, die SVP bestreitet weiterhin die Diskriminierung von Frauen. Die Bürgerlichen im nationalen Parlament zerstören mit Tiefststeuern für Reiche und Grosskonzerne unseren Service Public und sehen gleichzeitig die grösste Gefahr in denjenigen, die sie vertreten sollten, den Versicherten. Ich sage: Nicht mein Parlament! Es muss sich Grundsätzliches ändern in der Schweiz. Weil die Menschen und die Natur die wichtigsten Güter sind. «System change – not climate change.»



SANDRO COVO

1997, Jonen, Student, Präsident JUSO Aargau, Vorstand SP Bremgarten und SP Mutschellen-Kelleramt.

Rechtspopulismus auf dem Vormarsch, die Klimakatastrophe hat bereits begonnen, LGBT*-Rechte sind auf der ganzen Welt unter Druck, die Vermögensschere geht immer weiter auf, Tausende Menschen sterben auf der Flucht vor Terror und Krieg, Gewalt gegen Frauen ist immer noch Normalität, und der Neoliberalismus ist immer tiefer in den Köpfen der Menschen. Genau deswegen setze ich mich ein für eine Politik, die konsequent feministisch und für die 99 Prozent ist.



LARA HITZ

2000, Unterentfelden, Kantonsschülerin, Vize-Präsidentin JUSO Aargau.

Mich bewegen vor allem die Themen Queerfeminismus und Kapitalismuskritik. Als Vizepräsidentin der JUSO Aargau engagiere ich mich für eine solidarische und gerechte Schweiz, zum Beispiel bei der Organisation des Frauen*streiks im Aargau. Als Co-Präsidentin des Ja-Komitees zur Anpassung des Schweizer Waffenrechts liegen mir aber auch Bereiche wie internationale Beziehungen am Herzen.



NICO JULIAN ZOBRIST

2001, Unterentfelden, Maturand Neue Kantonsschule Aarau, Vorstand JUPA AG, Vorstand SP Bezirk Aarau, Vizepräsident der Schüler*innenorganisation der Neuen Kantonsschule.

Ich setze meine politischen Schwerpunkte in die Umweltpolitik, in die Förderung der politischen Partizipation von Jugendlichen, aber auch in die Steuer- und Verkehrspolitik. Unsere Herausforderungen sind gross, trotzdem will ich nicht bloss auf Fehler oder Probleme hinweisen, sondern aktiv Lösungen entwickeln für eine solidarischere, gerechtere und ökologischere Schweiz. Gewinnen wir zusammen die Wahlen der Lösungen statt der Hindernisse!



PATRICIA HEGGLIN

1996, Dottikon, Studentin Rechtswissenschaften, Vorstand SP Bremgarten und SP Hägglingen.

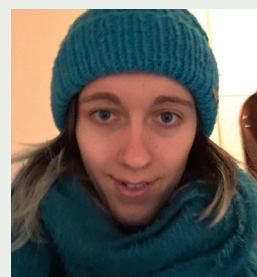
Die laufende Legislaturperiode ist geprägt durch Stagnation. Doch Stagnation kann die heutigen Probleme nicht lösen, weder das Loch in unserer Altersvorsorge stopfen, noch den Lohnschutz stärken, den Klimawandel aufhalten oder die Gleichstellung herbeiführen. Wir haben genug von der Untätigkeit der aktuellen Mehrheit, es wird Zeit für ein Parlament, das seine Verantwortung gegenüber der Umwelt und der Gesellschaft wahrnimmt. Wir müssen die herrschenden Mehrheitsverhältnisse umstossen. Wir brauchen ein Parlament, das jung, links und feministisch ist.



NOA HAEFELI

1998, Oberrohrdorf, Schreinerlehrling EFZ, Vorstand JUSO Baden/Brugg.

Damit alle mit den gleichen Bedingungen ein würdiges Leben führen können. Die Abwälzung der Kosten auf die Schwachen ist ein Problem unserer Gesellschaft.



FLAVIA BROGHE

1994, Wettingen, Studentin Gender Studies & Computer Science.

Ich hoffe unsere Welt zu einer freundlicheren, offeneren, willkommeneren und diverseren zu machen. Einer Welt, in der alle Menschen willkommen sind und Hass und Intoleranz das einzige ist, das ausgeschlossen wird. Und einer Welt, die auch für unsere Urenkel noch bestehen wird. Für all das lohnt es sich zu kämpfen. Auf der Strasse, aber genauso wichtig auch innerhalb des Systems.

ntieren eine starke Liste



SIEL MEIER

2000, Würenlingen, Kantonsschüler, Vorstand JUSO Aargau.

Ich will mich aktiv für Verbesserungen in unserer Gesellschaft einsetzen. Ich will, dass alle die gleichen Rechte und Möglichkeiten haben, unabhängig von ihrem Geschlecht, Aussehen oder Vermögen. Alle sollen in der Schule Freifächer und Musik belegen, die gewünschte Berufsausbildung machen und auch den Sport ausüben können, der ihnen Spass macht. Ich will dafür kämpfen, indem ich Menschen in Gesprächen meine Argumente nahe bringe. Ich setze mich ein für eine konsequent linke und feministische Politik.



SOFIE KAMBER

1998, Lenzburg, Schülerin/Informatikerin, Vorstand JUSO Aargau.

Meine Nationalratskandidatur widme ich dem Kampf für eine gerechtere und solidarische Welt. Ich glaube daran, dass wir als Gesellschaft ohne Ausbeutung von Arbeitnehmenden und Umwelt auskommen. Damit einher geht auch der Kampf gegen die Abbaumassnahmen bei Bildung, Sozialhilfe und den Prämienverbilligungen. Es trifft nämlich diejenigen, die sowieso nicht viel haben, während die Bestverdienenden in Steuergeschenken baden. Ich kämpfe für die Rechte der LGBTQI* und für die Gleichberechtigung der Geschlechter. Zudem setze ich mich für eine Digitalisierung ein, die allen statt wenigen zugutekommt.



NOAH ZURFLUH

1998, Brugg, Kantonsschüler, Vorstand JUSO Aargau.

Die Politik der letzten vier Jahre lässt sich in einem Wort zusammenfassen: Desaströs! Umso wichtiger ist es, dass es uns gelingt, die bürgerliche Mehrheit im Parlament zu brechen und ihrer Politik des Sparens, des Verhinderns und Blockierens endlich ein Ende zu setzen. Ich setze mich ein für eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung, eine gute Bildung für alle, gegen Waffenexporte, für sofortige, wirksame und wenn notwendig radikale Massnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und zu guter Letzt für eine Ehe für alle inklusive Adoptionsrecht.



SOPHIE HAEFELI

1996, Oberrohrdorf, Studentin Pädagogik.

Gleichberechtigung jeglicher Art muss selbstverständlich sein. In keiner Lebenslage soll es eine Rolle spielen, ob du eine Frau* ein Mann*, etwas dazwischen oder ausserhalb, ob du ein Mensch mit oder ohne Schweizer Pass bist. Wenn du eine körperliche Behinderung hast, sollst du überall hinkommen und auch deine beruflichen Ziele ohne Probleme erreichen können. Es gibt viele Lösungsansätze. Ich setze mich für eine tolerante, faire, transparente und umweltbewusste Politik ein.



FLORIAN TILL HUNZIKER

1995, Suhr, Informatiker, stolzes Basismitglied.

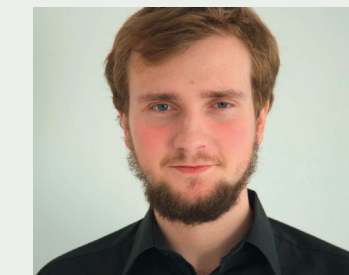
Maria bekam weniger Geschenke als die anderen Kinder. Maria hatte Angst, dass sie mit ihren Noten nie einen angesehenen Job erhält. Maria muss jetzt vor ihrer Lehre in der KITA ein unterbezahltes Praktikum machen. Lea hat Probleme, ihre Studiengebühren zu zahlen. Lea erhält für der Arbeit zu Hause weder Anerkennung noch Lohn. Daniel bekommt böse Blicke, wenn er das Büro um 16.45 verlässt. Daniel bleibt unbeachtet, wenn er am nächsten Tag um 17.15 nach Hause geht. Daniels Chef entscheidet über Tattoos, Kleider, Frisur, Wochenendarbeiten, Überstunden, Pausen, Spesen, Lohn etc. Daniel fühlt sich frei. Das alles ist Realität. Das alles ist Kapitalismus. Das alles ist Scheisse.



MARLIES ERB

1994, Unterendingen, Sozialpädagogin in Ausbildung.

Bei meiner Arbeit als Sozialpädagogin ist das Thema der sozialen Gerechtigkeit allgegenwärtig. Die aktuelle bürgerliche Politik arbeitet für einzelne, wohlhabende Menschen. Dabei bleibt der Grossteil auf der Strecke. Gespart wird an Bildung, Sozialem, Gesundheit und Umwelt und somit am Menschen. Ich setze mich für eine Politik ein, die sich an den Bedürfnissen aller Menschen orientiert, nicht an denen von einigen wenigen. Dafür brauchen wir, braucht die Schweiz, eine Veränderung. Diese Veränderung muss von der jungen Generation kommen, denn unsere Zukunft hängt davon ab.



JAN-ANDREAS KULSTRUNK

1994, Baden, Student.

Ich kandidiere, weil ich mich für eine solidarische und humane Gesellschaft einsetzen will. Die bürgerliche Mehrheit hat leider nicht nur durch Sparprogramme den Sozialstaat attackiert, sondern auch bei gesellschafts- und Umweltanliegen gebremst. Dabei ist unsere Gesellschaft mit diversen Herausforderungen konfrontiert: Der anthropogene Klimawandel ist ein existenzielles Problem. Bei der Gleichstellung ist die in der Verfassung verankerte Lohngleichheit zwischen Mann und Frau immer noch nicht umgesetzt. Wir brauchen eine Wirtschaft, die den Bedürfnissen der Menschen dient, statt dass die Menschen der Wirtschaft dienen.



LENNY HUG

1999, Walde, Informatiker in Ausbildung.

Ich bin Mitglied bei der JUSO, weil aus meiner Sicht mehr gemacht werden muss für die Gleichberechtigung, egal welchem Geschlecht, welcher Nationalität oder welcher Religion man angehört und welche sexuelle Orientierung man auslebt. Ein wichtiges Thema für mich ist die Umwelt: Wir müssen weniger verschwenderisch leben. Dazu gehört die Arbeitsplatzverteilung: Jede/r Bürger/in soll mehr Zeit für sich und die Familie haben und weniger die Umwelt mit seiner/ihrer Pendelei verschmutzen.

Kämpfen für den Zivildienst!

DER BUNDESRAT WILL «ABSCHRECKEN», UND DER PRÄSIDENT DER OFFIZIERSGESELLSCHAFT BEHAUPTET, DER ZIVILDIENT SEI ZU ATTRAKTIV.

Bis die Schweiz einen Zivildienst eingeführt hat, dauerte es sehr lange. Erst 1996 wurde das Zivildienstgesetz in Kraft gesetzt. Bis dahin wurden junge Menschen kriminalisiert, wenn sie den Militärdienst verweigerten. Sie hatten keine Alternative. Jährlich mussten deswegen mehrere hundert mehrmonatige Gefängnisstrafen abgesessen werden – ein Irrsinn. Jahrzehntlang wurde die Einführung eines Zivildienstes (analog zum Ausland) gefordert.

Heute können junge Menschen zu Gunsten Kranker, Betagter, Behinderter, Naturschutz oder Bergbauern Zivildienst leisten. Mit Gewissensprüfungen und der Anerkennung von Einsatzbetrieben wurde die Einführung von zwei Kommissionen begleitet. Einsätze dürfen reguläre Arbeitsplätze und das Gewerbe nicht konkurrenzieren. Nach der Einführung wurden Vollzug, Gesetz und Verordnung revidiert, und die Kommissionen inklusive Gewissensprüfung konnten abgeschafft werden. Der Zivildienst ist heute etabliert und effizient organisiert.

Man führe sich vor Augen: Für das Leisten des Zivildienstes müssen Schweizer Bürgerrecht und Diensttauglichkeit vorliegen, und es muss 1,5 Mal länger Zivildienst geleistet werden als Militärdienst. Armeeangehörige werden im bestimmten Alter aus der Militärdienst



Martin Brügger von Brugg ist SP-Grossrat, ehemaliges Mitglied der Eidgenössischen Anerkennungskommission Zivildienst und ehemaliger Militärdienstleistender (Fallschirmgrenadier). Er kandidiert für den Nationalrat.

pfligt entlassen, selbst wenn die Dienstzeit nicht erfüllt ist. Zivis müssen ihren Dienst bis zum letzten Tag vollumfänglich leisten.

Es ist anmassend, wenn Funktionäre oder Politiker behaupten, «Zivis» seien «Drückberger» – das Gegenteil ist der Fall. Ich habe Zivis als sehr engagierte, gewissenhafte Menschen kennengelernt. Wer bereit ist, 1,5 Mal länger Dienst in einem Behinderenheim zu leisten, eine Trockenmauer im Wallis zu sanieren oder einen Bergbauern zu unterstützen, leistet einen harten Einsatz. Politiker und Militärstrategen sollten, statt Zivis gegen Militärdienstleistende auszuspielen, überlegen, ob im Militärbetrieb Lerninhalte (auch für den Zivildienst) genügend interessant gestaltet sind und ob mit jungen Menschen im Militär umsichtig und gut umgegangen wird. Die medizinische Befreiungsquote («blauer Weg»), ist je nach

Kanton unterschiedlich, aber sehr hoch - das gibt zu denken. Wäre es nicht kreativer, eine gute Form einer «Dienstpflicht für alle» (zu Gunsten der Gesellschaft) zu entwickeln, statt den Zivildienst schlecht zu reden? Zivis leisten einen engagierten Dienst für die Allgemeinheit. Statt schnoddrige Kritik verdienen sie Respekt!

AARGAUER SUPPE



berichten aus Aarau.

22. Mai 2019, 19.30–21 Uhr

Landgasthaus zum Hirschen, Brühlstrasse 15, 5416 Kirchdorf



Mit offerierter Suppe.



IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43, Postfach, 5001 Aarau
 Telefon 062 834 94 74, Fax 062 834 94 75
 sekretariat@sp-aargau.ch, www.sp-aargau.ch
 Auflage links.ag 3255
 Erscheint 6 Mal pro Jahr
 Redaktion: Katharina Kerr, katkerr@katkerr.ch
 Redaktionsschluss für diese Ausgabe: 1. April 2019
 Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 11. Juni 2019
 Erscheinen nächste Ausgabe: 26. Juni 2019

An dieser Nummer haben mitgearbeitet: Simona Brizzi, Martin Brügger, Elisabeth Burgener, Lelia Hunziker, Katharina Kerr, Alime Kösecoğullari, Gabi Lauper Richner, Rolf Schmid, Gabriela Suter, Florian Vock, Cédric Wermuth. JUSO: Mia Jenni, Sandro Covo, Lara Hitz, Siel Meier, Sofie Kamber, Noah Zurfluh, Sophie Haefeli, Nico Julian Zobrist, Patricia Hegglin, Noa Haefeli, Flavia Brogle, Florian Till Hunziker, Marlies Erb, Jan-Andreas Kulstrunk, Lenny Hug

AGENDA

- 19. Mai 2019
Abstimmungssonntag
- 14. Juni 2019, verschiedene Orte
Frauenstreik. Kontakt bei Fragen: sekretariat@frauenstreik-aargau.ch
- 22. Juni 2019, 9.30 bis 13 Uhr, Lenzburg
Ordentlicher Parteitag

ABSTIMMUNG VOM 19. MAI 2019 – PAROLEN DER SP AARGAU

BUND

- Bundesgesetz vom 28. September 2018 über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) **JA**
- Bundesbeschluss vom 28. September 2018 über die Änderung der EU-Waffenrichtlinie **JA**

KANTON

Es kommen keine kantonalen Vorlagen zur Abstimmung.